

Liebe Genossinnen und Genossen,

gestern Abend meldet der wichtigste deutsche Internet-Nachrichtendienst unter <http://www.heise.de/newsticker/Gesetz-zu-Web-Sperren-in-trockenen-Tuechern-/meldung/140461> bereits, dass das innerhalb von Partei und Fraktion umstrittene Gesetz zur Web-Sperre „in trockenen Tuechern“ waere. Martin Doermann haette sich für die SPD-Fraktion mit der Union „auf eine gemeinsame Linie beim Gesetzentwurf“ ueber die Internet-Sperren geeinigt (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/131/1613125.pdf>), der fuer diese Woche Donnerstag zur Entscheidung in 2./3. Lesung ansteht.

Die Verhandlungsfuehrerin der CDU/CSU Martina Krogmann erklaerte sich laut diesem Bericht jedenfalls „sehr zufrieden mit dem Ergebnis“. Martin Doermann haette in der Verhandlung mit der Union zwar die Forderungen aus dem Beschluss des Parteivorstands vom Wochenende praesentiert. Drei der vier von der SPD verlangten Punkte waeren aber sowieso im Einklang mit der Union vorab in den gemeinsamen Aenderungslaenen der Berichterstatter umgesetzt worden. Die weitergehende Forderung des Beschlusses des Parteivorstandes, die geheime Zensur-Liste des BKA durch ein unabhaengiges Gremium durch den Bundesdatenschutzbeauftragten kontrollieren zu lassen, waere nicht umsetzbar, da dieser bereits erklart hat, da fuer nicht zur Verfügung zu stehen und auch nicht gefragt worden sei. Dies wirft ein bemerkenswertes Licht auf den PV-Beschluss.

<http://www.heise.de/newsticker/Bundesdatenschuetzer-lehnt-Aufsicht-einer-Webseiten-Sperre-ab-/meldung/140455>

Auch wenn die Union auf den Wunsch eingegangen ist, durch ein Spezialgesetz für eine bessere Einschraenkung der Web-Blockaden auf Kinderpornographie zu sorgen, meine ich, dass die SPD-Fraktion diesem Gesetz auf keinen Fall zustimmen darf! Selbst wenn sie dann Dank des Ehemanns der Kollegin Martina Krogmann, dem stellvertretenden Chefredakteur der BILD-Zeitung, ganz sicher mit Kritik der Springer-Presse rechnen müsste.

Dabei geht es mir wohl gemerkt nicht um das Thema, das die Union und von der Leyen zur Begrue ndung der Internet-Sperren anfu ehrt. Aufgrund perso enlicher Betroffenheit wuerde ich mich dazu auch nicht in dieser Weise an Euch wenden. Mir geht es vielmehr um etwas ganz Grundsae tzliches, zu dem ich nicht schweigen will - gerade weil ich ab der kommende Periode der Fraktion nicht mehr angehore n werde:

Die Grundwerte der SPD sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidaritaet. Sie sind unser „Markenkern“. Noch vertrauen viele technikaffine junge Menschen – besonders die sogenannte „Generation C64“ – darauf, dass wir als Rechtsstaatspartei die Freiheiten verteidigen, die unsere Genossinnen und Genossen in der Vergangenheit für unser Land erstritten haben. Dieses Gesetz wuerde jedoch eine Zaesur bedeuten: Zum ersten Mal seit 1949 wuerde die SPD im freien Teil Deutschlands eine Infrastruktur mit beschliessen, bei der *auf Basis einer geheimen Liste einer Polizeibehoerde* ***Inhalte im Internet zensiert werden koennen***.

Trennt das bitte gedanklich fuer eine Sekunde vom Thema, um das es vermeintlich gehen soll. Auch wenn es hoechst problematische Inhalte sind: Das gab es noch nie! Auch wenn wir in der Vergangenheit entschieden gegen andere problematische Inhalte, wie z.B. Rechtsradikalismus oder Bomben-Bau-Anleitungen, vorgegangen sind: Nie haetten wir dabei Zensur für das richtige Gegenmittel gehalten! Wieso jetzt auf einmal? Vor allem, da es hoechst zweifelhaft ist, dass dieses ueberhaupt wirken kann? <http://www.heise.de/ct/Die-Argumente-fuer-Kinderporno-Sperren-laufen-ins-Leere--/artikel/135867>.

Die TAZ hat gestern daher auch zu Recht kommentiert: „Was hier passiert, das muss der SPD klar sein, ist ein Dammbbruch“. <http://www.taz.de/1/debatte/kommentar/artikel/1/der-dammbbruch/> Denn, „diejenigen, die die nun aufzubauende Zensurinfrastruktur für andere "heiße Themen" einsetzen wollen, stehen bereits Gewehr bei Fuß. So schrieb auf Abgeordnetenwatch.de der CDU-Abgeordnete Thomas Strobl, die Sperren von Kinder pornos sollten doch "mit Blick auf Killerspiele neu diskutiert" werden. Als Nächstes ist dann die Musikindustrie dran, die Seiten mit Raubkopien gesperrt wissen will. Oder es geht um Websites mit Gluecksspielen, die hiesigen Lottogesellschaften Konkurrenz machen. Und irgendwann um umstrittene Meinungsaeusserungen.“

Dass dieses kein Hirngespinst eines „freakigen“ Fraktionskollegen ist, mag vielleicht die Pressemitteilung der CDU/CSU-Fraktion verdeutlichen, http://www.cducsu.de/Title_pressemitteilung_klare_kante_gegen_kinderpornographie/TabID_6/SubTabID_7/InhaltTypID_1/InhaltID_13368/Inhalte.aspx mit der die Union gestern das Scheitern des Initiativantrages „Loeschen statt Sperren: Kinderpornographie wirksam bekaempfen, Internetzensur verhindern!“ von Bjoern Boehning und vielen anderen bekannten Genossinnen und Genossen vom Sonntag

feiert: „Damit ist eine gefaehrliche Entwicklung gestoppt worden. Unter Berufung auf eine angebliche Internetzensur durch den Staat wollten die Linksaeußen in der SPD durchsetzen, dass das Internet zum rechtsfreien Raum wird. Die SPD waere dadurch Gefahr gelaufen, Straftaten im Internet Vorschub zu leisten, von der Vergewaltigung und Erniedrigung kleiner Kinder* _bis hin zu Urheberrechtsverletzungen in breitem Ausmaß gegenüber Kuenstlern und Kreativen_*.“ In der gleichen Meldung heißt es zwar danach (!) noch: „Dabei machen wir – gerade als Medienpolitiker – ganz klar: Zugangssperren im Internet müssen und werden einzig und allein auf kinderpornographische Seiten beschränkt bleiben.“

Doch die Denkweise wird damit offenbart: Es geht der Union allein darum, mit Hilfe der SPD die „Buechse der Pandora“ zu oeffnen und eine Zensur-Infrastruktur zu schaffen, die nicht nur technisch im Iran oder in China auf Interesse stoest, sondern spaeter ebenfalls auch fuer alle moeglichen anderen Zwecke eingesetzt werden kann. Wenn die Infrastruktur einmal steht, dann bedarf es dazu nur noch einer Erweiterung des Gesetzes durch einfache Mehrheit oder durch absehbare Gerichtsurteile.

Kein Wunder, dass sich fast alle Experten gegen die Gesetzesinitiative aussprechen <http://www.heise.de/ct/Die-Argumente-fuer-Kinderporno-Sperren-laufen-ins-Leere--/artikel/135867> und FDP, Gruene und LINKE sie gemeinsam mit nahezu ALLEN Experten in zwei Anhörungen abgelehnt haben und selbst der Bundesrat erhebliche Bedenken angemeldet hat.

Kein Wunder, dass in nicht einmal zwei Monaten mehr als 128.000 Menschen die Petition "Keine Indizierung und Sperrung von Internetseiten" von Franziska Heine unterzeichnet haben – so viele wie keine Petition des Bundestages je zuvor.

Und kein Wunder, dass bei der Europawahl fast ein Prozent der (jungen) Waehlerinnen und Waehler in Deutschland die „Piratenpartei“ gewaehlt haben, deren wichtigster Programmpunkt der Kampf gegen dieses Gesetzesvorhaben ist, dem wir am Donnerstag zustimmen sollen. In Schweden, von denen wir das Konzept dieser Internet-Sperren verschaefft uebernehmen sollen, hat diese Partei bereits 7,1% der Stimmen fuer sich mobilisieren koennen!

Liebe Genossinnen und Genossen,

durch eine Zustimmung zu diesem Gesetz kann die Sozialdemokratie in Deutschland nur verlieren: Den Jugend- und Online-Wahlkampf und im schlimmsten Fall sogar eine ganze Generation von technisch aufgeklarten Menschen. Naetuerlich blaest uns nicht nur bei diesem Thema medial der Wind ins Gesicht. Wir hatten als SPD dagegen jedoch immer das erfolgreiche Rezept: „Mundfunk schlaegt Rundfunk“. Der „Mundfunk“ der heutigen Generation ist das Internet. Wir sollten mehr Sorge um unseren Ruf dort haben, als vor einzelnen negativen Schlagzeilen in der BILD.

Gewinnen koennen wir mit einer Zustimmung zu diesem Gesetz dagegen nichts: Die Union und Ursula von der Leyen wird sich in jedem Fall als entschiedenerer Kaempfer gegen Kinderpornographie darstellen koennen – egal ob es der Wahrheit entspricht oder nicht. Wir werden die Union auf diesem Feld in keinem Fall an Zustimmung gerade bei den wertkonservativen Waehlerinnen und Waehlern ueberholen koennen.

Und selbst wenn es keine wahltaktischen Argumente gebe, diesem gefaehrlichen Unfug nicht zuzustimmen: Die SPD war immer die Partei der Freiheit. Bleiben wir es. Keine Zensur! Egal, aus welchen gut gemeinten Gruenden auch immer.

Bitte verweigert dem Gesetzentwurf – selbst in der geaenderten Form – daher Eure Zustimmung.

Herzliche Gruesse

Euer Joerg Tauss